

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Geinr. Jahnenbrach, Düsseldorf, Florafstr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Aken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 41

Düsseldorf, den 15. Oktober 1932

Verbandort Krefeld

Textilarbeiternot auf dem Düsseldorfer Gewerkschaftskongress

Franz Wieber, der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes und alte Kämpfer unserer Bewegung, charakterisierte in treffender Weise den Düsseldorfer Gewerkschaftskongress als eine Kundgebung, dessen besondere Aufgabe es sein müsse, Protest zu erheben gegen das schreiende Unrecht, unter dem Tausende von Staatsbürgern zusammenbrechen und das besonders an der deutschen Arbeiterschaft begangen werde. Die Verhältnisse, wie sie gegenwärtig bei den breiten Massen der Arbeiterschaft liegen, seien eine einzige Anklage an die gesamte deutsche Öffentlichkeit. Man könne, so fuhr Franz Wieber in seinen Ausführungen in Düsseldorf fort, dieser großen Volksnot aber nicht mit schönen, billigen Worten beikommen. Notwendig sei, daß von der Allgemeinheit wirklich Opfer gebracht würden, insbesondere von denen, die dazu als besser situierte und existenzgesicherte Kreise noch in der Lage seien.

Diese Ausführungen Franz Wiebers wurden auf dem Düsseldorfer Gewerkschaftskongress in besonders eindringlicher Weise bezeugt durch die Glendberichte, die in der Aussprache von Vertretern unseres Verbandes, Angestellten, Kollegen und Kolleginnen aus dem Arbeitsverhältnis gegeben wurden. In eindringlicher Weise ergänzten diese Berichte unsere Schilderungen von der Notlage der arbeitslosen Textilarbeiter, die in der Broschüre „Menschen in Not“ dem Kongress vorlag und wiederholt in der Aussprache zitiert wurde. Wir haben die hauptsächlichsten Ausführungen darüber in der folgenden Wiedergabe zusammengefaßt.

Über die Lage der Ehegatten, Eltern und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger im Münsterland machte der Kollege Schalthoff, Münster, selbst arbeitslos, folgende Ausführungen:

Der „Erfolg“ der Notverordnung

„Ich spreche hier als Arbeitsloser, als Angehöriger der großen Arme der von der Wirtschaft Ausgestoßenen. Diese große Masse Menschen des deutschen Volkes mit ihren abermaligen Millionen Angehörigen stellen einen großen Teil des deutschen Volkes dar. Durch die Notverordnung vom 14. Juni wurde die Lebenshaltung dieser breiten Volksschichten auf ein Niveau heruntergedrückt, das für ein Kulturvolk wie das deutsche beschämend ist. Durch verschiedene Erhebungen der einzelnen Verbände ist diese beschämende Lage eines großen Teiles des deutschen Volkes vor aller Öffentlichkeit klargelegt worden.

Ich brauche nur auf die Tatsache hinzuweisen, daß Tausenden von Familien für ihre Angehörigen pro Tag und Kopf nur 12—15 Pfg. für Ernährung zur Verfügung stehen. Man muß diese Tatsache nur einmal richtig auf sich wirken lassen, dann versteht man die Verzweiflungssituation dieser Menschen. Vollständig ungerecht ist die Wirkung der Ortsklasseneinteilung, besonders bei den Gemeinden unter 10 000 Einwohnern. Der „Erfolg“ der Notverordnung ist, daß 70—80 Prozent der Krisenunterstützten in den Orten unter 10 000 Einwohnern weit unter den Wohlfahrtsätzen liegen.

Ich kenne eine Familie von fünf Personen, wovon zwei erwachsene Söhne ausgesteuert sind, die 10,80 M. Krisenunterstützung beziehen. Wäre diese Familie in der Wohlfahrt, so würde sie wöchentlich 18,— M. bekommen. Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit, daß dieser Vater für seine beiden ausgesteuerten Söhne keine Zuschläge bekommt. Der Antrag auf Gewährung dieses Unterschiedes, der 72 Prozent beträgt, wurde vom Bezirksfürsorgeverband abgelehnt mit der Begründung, es sei keine Bedürftigkeit vorhanden!!! Dabei ist kein Vermögen vorhanden. An Miete muß 20,— M. monatlich gezahlt werden. Glaubt man wirklich, mit einer solchen Behandlung staatsbürgerliche Gesinnung zu erzielen?

Die deutsche Arbeiterschaft hat durch ihre Opferbereitschaft im Kriege, in der Nachkriegszeit mit allen seinen Wirnissen und auch in der augenblicklichen Krise bewiesen, daß sie bereit und fähig ist, an den Geschicken des deutschen Volkes gestaltend mitzuwirken. Es handelt sich nach meiner Auffassung darum, ob der ruhige politische und wirtschaftlich geschulte Teil der Arbeiterschaft die Oberhand behält oder ob der revolutionäre Geist von Moskau seine Wogen über unser liebes Vaterland schlägt. Man täusche sich nicht, die Stimmung unter den Arbeitslosen ist der Verzweiflung nahe. Wir fordern von der Reichsregierung die sofortige Erhöhung der Unterstützungssätze. Wir können nicht mehr bis zum Winter warten. Wir warnen die Reichsregierung, den Wogen zu überlassen. Sonst könnte das Chaos, das 1917, 1918 und 1919 über Rußland hereingebrochen ist, auch seine Wogen über Deutschland schlagen und alles vernichten. Und davor möge uns Gott bewahren!

Die Kollegin Elisabeth Küper, Münster, ergänzte die Ausführungen Schalthoffs durch ihren Bericht über

das Schicksal der kurzarbeitenden und arbeitslosen Frauen und Mädchen in der westfälischen Textilindustrie:

Arbeiterinnen-Elend!

„In den weitesten Kreisen herrscht noch immer Unkenntnis darüber, wie die Familien der Kurzarbeiter und Arbeitslosen und nicht zuletzt auch alleinstehende Personen leben, die das Los der Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit nun schon monatelang, ja jahrelang tragen.

Wer jeden Tag Gelegenheit hat, zu sehen, wie das Leben jener Menschen sich gestaltet, die mit Kurzarbeiterlöhnen oder Arbeitslosen- oder Wohlfahrtsunterstützung haushalten müssen, dem ist am ersten klar, daß die gegenwärtigen sozialen Verhältnisse ungerecht und unhaltbar sind und die schwersten Schäden für Volk und Staat in sich bergen. Möge die Broschüre „Menschen in Not“, die der christliche Textilarbeiterverband herausgeschickt hat,



Eine Vertreterin unseres Verbandes spricht

ihren Zweck nicht verfehlen. Möge sie in allen Menschen, die noch eine gesicherte Existenz haben, den Helferwillen wecken; möge sie aber auch weiter allen jenen Menschen, die für die Gestaltung der sozialen Verhältnisse mitverantwortlich sind, eine Mahnung sein.

Die Lage der kurzarbeitenden und arbeitslosen Textilarbeiter ist geradezu katastrophal. Dabei handelt es sich nicht um einen kleinen Kreis, sondern um viele Tausende von Familien, weil eben die Textilarbeiterschaft einen hohen Prozentsatz aller Industriearbeiter überhaupt ausmacht. In der Textilindustrie, die im überwiegenden Maße Frauen beschäftigt, sind dabei die weiblichen Beschäftigten in starkem Maße besonders mitbetroffen. Da die Frauenlöhne noch erheblich niedriger sind als die Männerlöhne, wirkt sich die Arbeitslosigkeit für Arbeiterinnen noch katastrophaler aus als für männliche Arbeiter.

Uns sind Dutzende von Fällen bekannt, wo die Kolleginnen, die längst über das Jugendalter hinaus sind, den Wochenlohn von 5,— bis 6,— M. Unterstützung erhalten. Für dieses Geld Wohnung und Nahrung zu bekommen, von Kleidung ganz zu schweigen, ist einfach unmöglich. 3. B. bekommt in Bocholt eine Kollegin, die 32 Jahre alt ist und schon seit Jahren einen eigenen Haushalt führt, 5,30 M. wöchentlich. Dies zu erreichen, kostete noch sehr viel Arbeit und Mühe. Zunächst sollte ihr nur 1,20 M. pro Woche zugestanden werden, und zwar auf Grund der Invalidenrente ihres Vaters, die 49,— M. pro Monat beträgt, und der bei seinem Sohne lebt, der selber Frau und zwei Kinder hat.

Eine andere Kollegin, die Vollwaise ist und bei fremden Leuten in Logis geht, muß wöchentlich 10,— M. Logisgeld zahlen, erhält aber nur 6,— M. Unterstützung pro Woche. Ein Antrag auf Zusatzunterstützung wurde abgelehnt.

Ein anderer Fall: Eine alleinstehende Witwe bekommt 5,35 M. wöchentlich, ab Miete 4,62 M. wöchentlich, bleibt zum Leben 73 Pfg. pro Woche.

So können die Fälle beliebig vermehrt werden. Die Juni-Notverordnung ist einfach eine unverzeihliche Sünde, die an den Ärmsten der Armen begangen wurde.

Die Kurzarbeiterinnen, deren es in der Textilindustrie Tausende gibt, haben trotz der aufreibenden und entnervenden Arbeit, die nach der Technisierung und Rationalisierung in der Textilindustrie geleistet werden muß, nicht viel mehr. Der Lohn für eine über 20 Jahre alte Hilfsarbeiterin in der 2. Ortsklasse in der münsterländischen Textilindustrie beträgt bei 40 Stunden 15,60 M. brutto, nach Abzug der Sozialbeiträge werden noch 12,— M. Netto Lohn herauskommen. In der Ortsklasse 3 liegt der Stundenlohn noch 3 Pfg. tiefer, in der Ortsklasse 1 einen halben Pfennig höher. Die Akkordsätze sind in den meisten Betrieben so festgesetzt, daß gerade der Tarifsatz erreicht wird. Nun ist es sehr oft so, daß von diesem Geld eine ganze Familie wohnen und leben muß, und die Fälle stehen in der Textilindustrie nicht vereinzelt da, daß der Vater und der Bruder arbeitslos sind und somit die Schwester die einzige Ernährerin der Familie ist. Wenn diese Menschen jetzt nochmals eine 12,5prozentige Lohnkürzung über sich ergehen lassen sollen (das ist die Kürzung nach der neuen Notverordnung, bis zu 50 Prozent von der 31.—40. Stunde einschließlich), werden sie in dasselbe Elend hineingebracht, in das die Juni-Notverordnung die Arbeitslosen brachte. Diese Dinge müssen abgeändert werden. Es nützt uns hier Entschuldigungen nicht viel, uns nützt nur ein einziger Entschluß, nicht mehr zu dulden, sondern die Lage der Arbeiterinnen zu verbessern. Es muß ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Auch der Arbeiterschaft müssen Mittel und Gelegenheit gegeben werden, teilzunehmen an der Kultur, die sie durch ihrer Hände Arbeit mitgeschaffen hat.

Erschütternde Berichte über die Not der Arbeiterschaft in der westfälischen Textilindustrie gab die Kollegin Frieda Claß, Klinaert:

Not im Erzgebirge

„Aus jedem Bericht der Kolleginnen und Kollegen hört man den Schrei der Erbitterung, der durch die Arbeiterschaft des ganzen Reiches geht. Not, erschreckendes Elend überall! Was ich vom Erzgebirge berichten kann, ist die gleiche Not, das gleiche Elend. Armut in allen Ecken und Enden. Wer den Musikwinkel von früher kennt, wo man aus jedem Fenster fröhliches Singen und das Klingeln der Musikinstrumente hören konnte, dem muß heute das Stöhnen und Klagen der erbitterten Menschen doppelt ins Herz schneiden. Betriebe stillgelegt. Nur einige arbeiten noch ein bis vier Tage in der Woche. Dazu haben wir die niedrigsten Löhne, und die Lebenshaltung ist bei uns um vieles teurer, ganz gleich, ob Nahrung, Kleidung oder Heizung.

In einer Familie, die ich öfters besuche, kämpft die Frau mit letzter Ausbeutung aller Kraft gegen ihr Notgeschick. Ganz verzweifelt berichtet sie mir: „Von allen Seiten werden wir beneidet, daß mein Mann noch vier Tage in der Woche arbeiten kann. Was macht man aber mit 14,— M. wöchentlich bei neun Köpfen? 4,— M. gehen für Miete ab, bleiben noch 10,— M. zum Leben. Davon soll Kleidung, Heizung, Nahrung, für vier Kinder Schulbücher (drei davon gehen noch nicht zur Schule) geschafft werden. Gestern kommt er heim, schon wieder 3 Pfg. Lohnabbau. Dabei ist ihm auch noch gesagt worden, wenn es ihm nicht paßt, kann er sofort aufhören.“

In einer anderen Familie, die ich auch gut kenne, bekommt der Mann mit Frau und vier schulpflichtigen Kindern 16,— M. Krisenunterstützung, 3,75 M. gehen für Miete ab, bleiben noch 12,25 M. zum Leben. Die Frau hat noch etwas Heimarbeit, bekommt aber nicht mehr wie 4 Pfg. die Stunde. — Weiter bekommt ein Arbeitsloser, der ein Einfamilienhaus mit etwas Grundstück besitzt, mit Frau und ebenfalls vier Kindern 8,— M. Arbeitslosenunterstützung. Auf einer zweitägigen Wanderung berührten wir unter anderem auch das kleine Städtchen Gattesgab, das durch die Handklöppelei weit und breit bekannt ist. Eine Frau, die mit uns ein Stück des Weges ging, schilderte uns die traurigen Verhältnisse dieses Städtchens. Weinend erzählte sie uns: „Bei uns gibt es nur noch Wohlfahrtsempfänger. — Wer eine Hüfte hatte, ist längst in die Hände des Wohlfahrtsamtes gekommen. Die fortschreitende Technik hat uns den Strick um den Hals gelegt. Unsere Existenz, die Handklöppelei, müder sich Mann, Frau und Kinder ihren Lebensunterhalt verdienen, ist durch die Maschine ganz vernichtet worden.“

Eine Kollegin aus Eilenstock schickte mir einen Bericht über die gegenwärtige Wirtschaftslage. Er lautet: „Du willst wissen, wie es bei uns aussieht. Ja, kann dir nur Schlimmes berichten. Bei uns besteht überhaupt keine Arbeitsmöglichkeit mehr. Ich brauche dir nur unsere

eigenen Familienverhältnisse zu schildern, dann wirst du schon einen kleinen Einblick bekommen. Mein Vater bekommt im Monat 28,— M. Invalidenrente. Mein letzter Monatsverdienst war 50,— M. Darauf bekam mein Vater noch 8,— M. Zuschuß. Jetzt bin ich arbeitslos, bekomme ab siebente Woche 4,45 M. Arbeitslosenunterstützung. Im Monat brauchen wir für Miete allein 17,— M. Jetzt kannst du dir wohl ausrechnen, was uns noch zum Leben übrig bleibt. Dabei geht es uns aber gegen andere noch gut. — Nicht weit von uns wohnt eine Familie, wo der Mann nach 2 1/2 Jahre in Arbeit fährt. Er bringt einen Verdienst bei Vollarbeit von 16,— M. nach Hause. Mit diesem Lohne soll er Frau und Kinder mit erhalten. Die Frauen verdienen mit Heimarbeit nicht mehr wie 4 bis höchstens 10 Pfg. in der Stunde! Für 100 Stück Wolltze zum Ausschneiden, wie sie den Zigarettenfacheln beilegen, gibt es 8 Pfg. Dies ist nur ein kleiner Einblick in die traurigen Verhältnisse der Arbeiterfamilien. Ich glaube aber, es genügt, um die Not der Arbeiter im Erzgebirge zu erkennen.“

— Für uns Arbeiterinnen und Arbeiter gibt es nur eine Zuflucht vor den zerstörenden Gewalten der Not und Reaktion, die kameradschaftliche Hilfe, der Zusammenhalt. Wo die Kraft des einzelnen fortgeschwemmt wird von der reißenden Flut des Bösen, da kann aus der enggeschlossenen Masse gleicher Gefährten eine dämmende Mauer entstehen, die dem Unheil Einhalt gebietet. Dieses unseren Gegnern klar zu machen, muß in Zukunft unsere größte Aufgabe sein.“

Franz Fischer, der 2. Vorsitzende unseres Verbandes, führte zu diesen Feststellungen über die Lage der Textilarbeiterfamilie unter anderem folgendes aus:

„Das Maß ist voll!“

„Die Notverordnung vom 15. Juni trägt ihren Namen zu recht; sie hat wirklich unendlich viel Not verordnet und ist in weitestem Ausmaße über die Arbeiterfamilie gebracht. Das Los der Erwerbslosen ist durch sie vielfach unerträglich geworden. Das zeigt die Erhebung unseres Verbandes in Westfalen, deren Ergebnisse in der Broschüre „Menschen in Not“ veröffentlicht sind. Erschütternd ist die am Schluß der Broschüre enthaltene Bilanz von 465 Arbeitslosen. Wer sich in sie vertieft, wird die Verzweiflungssituation begreifen, die viele Erwerbslosenfamilien gepackt hat; eine Verzweiflungssituation, die nicht nur den Familien selbst, sondern auch Staat und Gesellschaft zum Verhängnis zu werden droht. Ich greife aus der Statistik einiges heraus. Unter den 465 aufgeführten Härtefällen sind 25 Familien, denen nach Abzug der Miete, Steuern oder Zinsen von ihren Einnahmen nichts mehr für Ernährung, Kleidung und dergleichen übrig bleibt. In weiteren 315 Fällen beträgt der für Ernährung und Kleidung übrig bleibende Betrag unter 3,— M. pro Kopf und Woche, und zwar in 33 Fällen unter 1,— Mark und in 132 Fällen über 1,—, aber unter 2,— Mark pro Kopf und Woche. In weiteren 67 Fällen über 2,— Mark pro Kopf und Woche überschritten wird. Auch das Schicksal vieler alleinlebender, lediger Erwerbsloser ist trostlos, ergibt sich doch aus 25 aufgeführten Fällen, daß diesen Erwerbslosen nach Abzug der Miete in sieben Fällen gar nichts und in den anderen Fällen nur 2,13 M., bis im Höchstfall 6,67 M. pro Woche zum Leben übrig bleiben. Diese Notzustände, die wir in einer Eingabe auch der Regierung unterbreitet haben, müssen der breitesten Öffentlichkeit bekanntgemacht werden. Der größte Teil unseres Volkes hat ja gar keine Ahnung von dem erbärmlichen Dasein, das viele Erwerbslosenfamilien führen. Es gilt eine öffentliche Meinung zu schaffen gegen diese Papenische Notverordnung. Der Kampf gegen sie muß fortgeführt werden, bis eine den Lebensnotwendigkeiten der Erwerbslosen Rechnung tragende Veränderung erreicht ist.“

Über nicht nur die Lage der Erwerbslosen, auch jene der noch in Arbeit stehenden gestaltet sich immer

trostloser. Die das Einkommen stark beeinträchtigende Kurzarbeit und die weitgehende Senkung der Zeit- und Akkordelohnsätze haben an sich schon die Lebenshaltung vieler Arbeiter auf oder unter das Existenzminimum herabgedrückt. Die neue Notverordnung bringt weitere Verschlechterungen. Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind katastrophal. Die immer mehr absinkende Lebenshaltung bringt eine Kaufkraftminderung, die auf die erstrebte Wirtschaftsankurbelung zum mindesten hemmend wirkt. Sie bedeutet ferner infolge der um sich greifenden Unterernährung eine empfindliche Einbuße an wertvoller Arbeitskraft. Die damit einhergehende Verminderung der körperlichen Widerstandskraft und Leistungsfähigkeit wird sich auch wirtschaftlich ungünstig auswirken. Dazu kommt, daß bei einer so minimalen Entlohnung auch das Interesse an der Arbeit und am Arbeitsprodukt nachlassen muß. Die täglich aus Kollegenkreisen eingehenden Briefe bestätigen das.

Nur mit größter Sorge kann man dem Ablauf der gegenwärtig geltenden Lohnsätze entgegensehen. Bei

Vernichtung der Gewerkschaften auf kaltem Wege

Es hat immer schon Gegner der Gewerkschaften gegeben. Die einen kämpften gegen die Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterklasse offen und riefen ihr „Cato redivivus“ — die Gewerkschaften müssen zerstört werden“, laut und vernehmlich; die anderen führen den Kampf gegen die Gewerkschaften im geheimen. Jene geheimen Gegner der Gewerkschaften aber sind für die Arbeiterklasse stets ganz besonders gefährlich gewesen.

Es ist an dieser Stelle wiederholt schon darauf hingewiesen worden, wie offenkundig der Einfluß jener Kreise auch auf die Reichsregierung ist. Nur den Laien können die fadenförmigen Gegenerklärungen und „gewerkschaftsfeindlichen“ Äußerungen der Reichsregierung darüber hinwegtäuschen. Wer die inneren Zusammenhänge in der Politik der Reichsregierung in den letzten Monaten aufmerksam verfolgt und insbesondere die sozialpolitischen Maßnahmen nach dieser Seite hin beachtet, weiß, was von diesen Erklärungen und Beteuerungen zu halten ist. Die Laien der Reichsregierung beweisen das Gegenteil. Das gilt insbesondere von dem sozialpolitischen Teil der letzten Notverordnung zur Behebung der Wirtschaft. Ihr kommt unter diesem Gesichtspunkte einer gewerkschaftsfeindlichen Beeinflussung der Reichsregierung eine besondere Bedeutung zu. Trotzdem die zuständigen Ministerien sich offenbar (wir erinnern nur an das in Nr. 217 „Der Deutsche“ zitierte Protokoll über die Lohnfrage der Reichs- und Staatsarbeiter) über die Unmöglichkeit und Untragbarkeit einer weiteren Lohnsenkung längst klar waren, wird in dieser Notverordnung ein allgemeiner Lohnabbau diktiert, der alles bisherige übertrifft. Dabei preist die Reichsregierung noch die

besonders beachtlich — die Gewerkschaften mit der Anwendung der tariflichen Friedenspflicht, praktisch mit der Durchführung dieses Lohnabbaues zu belassen. Es ist in diesem Zusammenhang beachtlich, was der Reichsarbeitsminister noch am 24. September in einer Unterredung über die Durchführung dieser Notverordnung in bezug auf die Gewerkschaften ausführt: Aufgabe der Gewerkschaften sei es, die als Folge der Notverordnungen eingetretenen Streiks und die diesbezüglichen Maßnahmen auf ihren wahren Sachverhalt zu untersuchen, und dann sofort das zu veranlassen, was die tarifvertragliche Friedenspflicht von ihnen verlangt. „Auf die unmittelbaren Folgen der Verletzung der Friedenspflicht hinzuweisen, erübrigt sich; jede Gewerkschaft und jeder Arbeiter weiß das.“ — Unter Bezugnahme auf die gegenseitige Auffassung breiter Kreise der Arbeitnehmerchaft, welche die Ansicht vertritt, daß diese Notverordnung gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen des Tarifrechts ver-

der in Unternehmerkreisen herrschenden geradezu krankhaften Lohnabbaupsychose ist trotz den in der Notverordnung an die Unternehmer gewährten Subventionen und Lohnsenkungsmöglichkeiten mit weiteren generellen Lohnabbauforderungen zu rechnen. Die Notverordnung selbst bringt keinerlei Sicherungen gegen letztere. Auch der Reichsarbeitsminister hat mit keinem Wort erwähnt, daß er durch eine entsprechende Instruierung der Schlichtungsstellen und Handhabung der Verbindlichkeitsklärung etwaigen Lohnabbauplanen der Unternehmer entgegenzutreten gedenkt.

Es ist darum durchaus angebracht, sowohl das Unternehmertum als auch die Reichsregierung davor zu warnen, den Bogen zu überspannen. Das Maß ist voll. Die Verbitterung draußen im Lande ist bis zur Siedehitze geblieben. Ein Funken ins Feuerfass und es fliegt auf. Nehmen Reichsregierung und Unternehmertum keine Vernunft an, dann müssen die gewerkschaftlichen Organisationen jede Verantwortung für die etwaigen daraus sich ergebenden Folgen ablehnen!“

stöße und darum den Gewerkschaften keine Friedenspflicht auferlegen könne, führt der Reichsarbeitsminister beziehungsweise aus: „Wie es scheint, sehen aber manche noch nicht ein, daß — wenn die Friedenspflicht verneint oder hartnäckig verkehrt wird — der Begriff des Tarifvertrages gefährdet und die Stellung der Gewerkschaften erschüttert wird.“ Das ist eine sehr deutliche Warnung. Im Grunde genommen sind diese Ausführungen des Arbeitsministers kaum etwas anderes, als wie ein Ultimatum: Entweder die Gewerkschaften fügen sich und akzeptieren unter Anerkennung der Friedenspflicht aus der Notverordnung den diktierten Lohnabbau in Vertragsform — oder aber die Dinge werden sich so entwickeln, d. h. die Reichsregierung wird Maßnahmen ergreifen, durch die „der Begriff des Tarifvertrages gefährdet und die Stellung der Gewerkschaften erschüttert wird.“

Dieses Ultimatum aber soll — das ist offenbar die Absicht jener Gewerkschaftsfeinde, die hinter der Reichsregierung stehen und die Reichsregierung zu diesem Vorhaben bewegen haben — zur kalten Zerschlagung der Gewerkschaften überhaupt führen. Man kalkuliert dabei so, daß entweder — bei einer Erfüllung der Friedenspflicht durch die Gewerkschaften und tarifvertragliche Annahme der Lohnreduzierung — die Gewerkschaften bei den Arbeitermassen mißkreditiert werden und ihre Mitgliedschaft verlieren; oder aber, wenn die Gewerkschaften sich nicht fügen, durch „Maßnahmen der Reichsregierung“ ihnen der Rest gegeben wird. Dabei kann die Reichsregierung, so kalkuliert man in jenen Kreisen weiter, mit freundlicher Geste und äußerem Wohlwollen zu den Gewerkschaften auch in Zukunft ihre „Gewerkschaftsfeindlichkeit“ dokumentieren. Daß ihre Lohn- und sozialpolitischen Maßnahmen praktisch auf die Vernichtung der Gewerkschaften eingestellt werden, bestreitet man nach wie vor und beteuert in leeren Worten, so wie etwa auf dem Kongreß in Düsseldorf, das eigene „Bekanntnis zu den Gewerkschaften.“

Dieser Plan jener dunklen Hintermänner, die als heimliche Gegner der Gewerkschaften ihre stille Bühlarbeit leisten, ist ohne Zweifel außerordentlich raffiniert und nicht minder gefährlich. Es wird notwendig sein, daß der Arbeiterschaft ganz allgemein, insbesondere aber den Mitgliedern unserer gewerkschaftlichen Organisationen, darüber die Augen geöffnet und ihnen das wahre Ziel dieser Politik gezeigt wird. Erkennt die Mitgliedschaft erst jene Hintergründe dieser gewerkschaftsfeindlichen Politik, dann wird es den Gewerkschaften nicht schwer fallen, auch diesen Machenschaften mit den geeigneten Mitteln zu begegnen.

Nochmals: Kritik am Gewerkschaftskongreß

Wir sind in der letzten Nummer unserer Zeitung auf die kritische Stellungnahme einer Reihe von Zeitungen zum Düsseldorf-Gewerkschaftskongreß eingegangen. Insbesondere haben wir dabei die positive Bedeutung dieses Kongresses gegenüber einer trügerischen anderen Meinung herausgestellt. Das „Düsseldorfer Tageblatt“ hat in einem Rückblick auf den Kongreß weitere grundsätzliche Betrachtungen angestellt, die in diesem Sinne einer besonderen Erwähnung wert sind:

„Es wäre oberflächlich, den Kongreß nur als einen Kongreß verständlichen Mißverständnisses oder wärender Erörterung anzusehen, gleichsam nur als eine flüchtige Reaktion auf die ... Entwicklung der letzten Monate. Es liegt doch wesentlich tieferes dahinter. Das ergibt schon die ganze Fragestellung des Kongresses, wie sie in den drei richtungweisenden Resolutions, von Kaiser, Kastrup und Prof. Bauer, zum Ausdruck kommt. Diese Fragestellung liegt auf einer grundsätzlichen Neuorientierung der Bewegung hinaus, auf eine vollkommene Rück- und Neubestimmung auf Sinn, Zweck, Ziel und Haltung christlicher Gewerkschaftsarbeit überhaupt.“

— So führt das „Düsseldorfer Tageblatt“ mit Recht über die grundsätzliche Tendenz des Kongresses aus. Es konnte — das möchten wir allerdings gegenüber der Meinung des „Düsseldorfer Tageblatt“, daß jene drei großen grundsätzlichen Resolutions des Kongresses in den Ansprüchen der Delegierten nicht genügend gegenwärtig geblieben seien, feststellen — nicht Aufgabe der christlichen Gewerkschaften sein, lediglich im Theoretischen oder in einer weltfremden Kur-Ideologie sich über diese grundsätzlichen Fragen auseinanderzusetzen. Notwendigerweise mußte der Kongreß vor allem in seiner Aufgabe sich zu einem klaren Teil mit den gegenwärtigen praktischen Begebenheiten befassen, wenn es auch auf Kosten einer nur ideologischen Klärung über grundsätzliche Meinungen geschähe. Aber ebenso wenig wie der Kongreß nur Erörterungsbühne aus dem Gegenwärtigen sein konnte, durfte er zum anderen dieses Gegenwärtige und Gegebene ignorieren. Behaftet mit der Schwere und Last des Alltags, mußte er in die Zukunft weisen. Diese Aufgabe hat der Kongreß erfüllt, und gerade darin hat der Kongreß nach den Vor-

ten des „Düsseldorfer Tageblatt“ „Entscheidendes zu geben gehabt.“

Es fällt aus dem Rahmen der üblichen Kritik, was die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ zum Kongreß zu sagen weiß. Hier kommt nur Haß zum Ausdruck. Gewerkschaftskongresse sind für nur „Stellbildchen der Gewerkschaftsbürokratie“. Schon mit dieser Feststellung beweist die „Bergwerks-Zeitung“, daß sie entweder auf dem Gewerkschaftskongreß nicht vertreten war, oder aber ihr Berichterstatter nicht sehen kann. Noch kann niemals ist auf einem christlichen Gewerkschaftskongreß die Stimme des Arbeitsmannes, des Mitgliedes und der Arbeiterin so deutlich zum Ausdruck gekommen wie in Düsseldorf. Was die Männer und Frauen aus den Betrieben und die arbeitslosen Vertreter zu sagen hatten, verdrängt freilich die „Bergwerks-Zeitung“. Die wirkliche Stimme des Volkes soll ja den Lesern dieses schwerindustriellen Blattes verweigert werden. Es ist bezeichnend für die „Bergwerks-Zeitung“, daß sie nach wenigen Tage, bevor sie in ihrer Stellungnahme zum Düsseldorf-Kongreß wieder einmal der Gewerkschaftsbewegung das Recht bestritt, für das Volk zu reden, ebenso den Oppositionsparteien mit der gleichen Annahme bestritt, Vertretung des Volkes zu sein. „Volk“ ist nach der „Bergwerks-Zeitung“ wahrnehmbar nur, was hinter ihr und der Regierung von Papen steht.

Wenn die „Bergwerks-Zeitung“ meint, daß die Opposition, die auf dem Gewerkschaftskongreß gegen die Politik der Regierung zum Ausdruck kam, nur begründet sei in der Tatsache, daß die gegengenen Minister — Dr. Brüning und Siegelwald — Gewerkschaftsführer waren, so ist diese Meinung reichlich naiv. Der christlichen Gewerkschaften kommt es nicht darauf an, wer die verantwortliche Politik macht, sondern wie sie gemacht wird.

Beachtlich ist die Feststellung, mit welcher die „Bergwerks-Zeitung“ die Haltung der hinter ihr stehenden Kreise zu den Gewerkschaften anspricht: „Solange die Arbeiterschaft noch zahlungsfähig bleibt, wird er (der Arbeiter) die Treue halten. Dann allerdings beginnt für seine Gewerkschaftstreu — die Krisenzeit.“ Wir wissen

längst, wie die hinter der „Bergwerks-Zeitung“ stehenden Kreise versuchen, die „Zahlungsunfähigkeit“ und damit den Verfall der Gewerkschaften herbeizuführen. Der Düsseldorf-Kongreß hat bewiesen, daß sie dieses Ziel nicht erreichen werden. Die Arbeiterschaft verbindet mit den Gewerkschaften eben nicht nur ein materielles Interesse, sondern weit mehr: Eine innere Schicksalsgemeinschaft, die der „Bergwerks-Zeitung“ freilich immer fremd bleiben wird, die aber stärker ist, als alle Machenschaften der Gewerkschaftsgegner.

Der Düsseldorf-Kongreß - ein Erlebnis

Eine Delegierte unseres Verbandes vom Gewerkschaftskongreß schreibt uns:

Ein Erlebnis liegt hinter uns, groß, stark, einheitlich. Der 13. Kongreß war jedem von uns Aufrüttelung, tief innerstes Erleben. Ob ich an die Jugendtagung, an die Eröffnungsfeier, an den Kongreß oder an die schlichtgewaltige Schlussfeier denke, das Größte bleibt für mich die Treue unserer Führung und der starke Gemeinschaftsgeist der Kolleginnen und Kollegen überhaupt. Der gemeinsame Rhythmus, der durch die ganze Bewegung hindurchging, zeigte, daß trotz der bitteren Notzeit die Kraft zum Schaffen am Bau einer besseren Zukunft noch nicht erschöpft ist. Die Jugendtagung brachte Beweis genug, daß wir Jungen uns immer mehr zum Kampfe rüsten. Nicht nur die Jungen zeigten sich hart und entschlossen der Öffentlichkeit, wir Mädels taten das gleiche. Auch wir erhoben Protest gegen alle Ungerechtigkeiten. Die Zeit zeichnet ihre Linien. Wir haben keine Puppengeister mehr. Man sieht es uns Frauen wohl allen an, daß wir arbeiten und kämpfen. Die Härte des Lebens prägt sich auch in unseren Gesichtern aus.

Wenn unsere Gegner bisher geglaubt haben, uns zerschlagen zu können, so hat ihnen unser Kongreß das Gegenteil bewiesen.

Wir, die wir als Delegierte am Kongreß teilnahmen, haben damit die Aufgabe übernommen, unser Erlebnis in die Ortsgruppen so hineinzutragen, als ob sie es selbst mit erlebt haben. In tiefer Seele erkennen wir unsere innerste Verbundenheit mit unserer Führung. Ihre Frische und Kraft durchdringt uns bis ins innerste Mark. Die gemeinsamen Interessen um Befreiung, um neues Beginnen verbinden uns mit ihnen. Unermüdet wollen wir kämpfen und werden, damit auch die Tüpfelreiter endlich anfangen zu erkennen, um was es geht, und sich mit einreihen in unseren Bund.

Kurzarbeiterfamilien leiden Not!

Ein Appell der westfälischen Textilarbeiter an die Öffentlichkeit

Ueber die katastrophale Notlage der Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrts-Unterstützungsempfänger und ihren Familien ist in letzter Zeit wiederholt berichtet worden. Wenig bekannt ist dagegen der breiten Öffentlichkeit die Tatsache, daß neben den Arbeitslosen auch zahllose noch in Arbeit stehende mit ihren Angehörigen ein Dasein führen, das nachgerade unerträglich geworden ist. Durch die anhaltende Kurzarbeit der letzten Jahre und durch den gleichzeitigen wiederholten Lohnabbau sind die Verdienste jener noch beschäftigten Arbeiter so gesunken, daß ihre Existenz aufs äußerste gefährdet und das Schlimmste zu befürchten ist.

Ein deutliches Bild dieser Verhältnisse gab eine Konferenz von Vertretern der Kurzarbeiter in der Textilindustrie, die der Verbandsbezirk Westfalen am 2. Oktober in Münster abhielt, und auf welcher über 250 Vertreter von annähernd 20 000 Kurzarbeitern in der westfälischen Textilindustrie, darunter auch zahlreiche Frauen, zur Lage der Kurzarbeiter Stellung nahmen. Grundlage dieser Kundgebung, die zugleich eine Kundgebung erschreckender Not war, bot ein einleitender Vortrag des Bezirksleiters **S e e k e**, Münster, über

„Die wirtschaftliche Lage der Textilarbeiterfamilien und die Notverordnung“

Der Redner führte u. a. folgendes aus: Wir dürfen bei der Betrachtung der Verhältnisse der noch in Arbeit stehenden Menschen nicht die Lage der Arbeitslosen außer acht lassen. Wir kennen ihre Not und wissen, daß es bei allen Maßnahmen zunächst darauf ankommen muß, ihnen zu helfen und ihre traktlose Lage zu mildern. Wir begrüßen deshalb jedes Mittel und unterstützen jede Maßnahme, die geeignet ist, Arbeit zu verschaffen. Die Verordnung vom 5. September tut das aber nicht. Sie macht lediglich einen weiteren Eingriff in das Existenzniveau der Arbeitnehmerschaft und setzt vielen Arbeiterfamilien das Einkommen weiter herab. Die mit starker Ankündigung in Gang gesetzte Winterhilfe aber wird im nächsten Winter nicht nur den Arbeitslosen, sondern auch vielen Kurzarbeitern milde Gaben vermitteln müssen, wenn dieser Winter überstanden werden soll. Dabei besteht die Gefahr, daß auch dieses Opfer der Arbeitnehmerschaft vergeblich ist, wenn eine stärkere Belebung der Wirtschaft ausbleibt. Diese Gefahr ist auch deshalb groß, weil die innerpolitischen Verhältnisse sich immer mehr zur innerpolitischen Beunruhigung auswirken. Eine Regierung, welche die Weltmeinung und die Volksmeinung in steigendem Maße gegen sich bringt, kann den Wiederaufbau auch in einem Zeitpunkt, der wirtschaftlich günstig gelegen ist, kaum fördern, wohl aber ihn verhindern.

Die Arbeitnehmerschaft wendet sich deshalb gegen die gegenwärtige Regierungsmethode und gegen ihre wirtschaftlichen und sozialpolitischen Maßnahmen. Es ist nicht ein engstirniges Festhalten an gemerkchaftlichen Prinzipien. Es ist eine Stimme der Vernunft und eine Forderung der Gerechtigkeit, wenn wir für die Arbeitnehmerschaft Lebensmöglichkeiten fordern. Die Reichsregierung hat ihre Maßnahmen so dargestellt, als seien sie vom sozialen Gedanken hergeleitet. „Sozial handelt, wer Arbeit schafft“, sagte der Reichsarbeitsminister in seiner Rundfunkrede. Die Regierung schafft leider keine Arbeit. Wir haben die bange Befürchtung, daß sie, im ganzen gesehen, dieselbe nicht einmal fördert. Aber es handelt sich nicht nur um die soziale, sondern auch um die wirtschaftliche Lage, die für Volk und Arbeitnehmerschaft untragbar ist.

Die Ausführungen des Koll. Seeke wurden durch die folgende Aussprache bestätigt und insbesondere in ihren sozialen Folgerungen eindringlich illustriert. Die Berichte der Vertreter, die von ihren eigenen Verhältnissen und denen ihrer Mitarbeiter berichteten, gaben ein erschütterndes Bild von der katastrophalen Lage, die weite Kreise der Arbeitnehmerschaft betroffen hat und von der bedenklichen Stimmung, die als Folge dieser Verhältnisse immer mehr bei der Arbeitnehmerschaft um sich greift.

„Seit Jahren Kurzarbeit“

Immer wieder kehrt diese Feststellung in den Angaben der Berichterstattung wieder: drei Tage, vier Tage durchschnittliche Beschäftigung mit Verdiensten, die oft erheblich unter den Unterhaltungsbedürfnissen der Wohlfahrts-empfänger liegen. Der ständige Abbau der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützungsätze wirkt sich auf die Betroffenen doppelt hart aus. Sie zahlen Versicherungsbeiträge, bekommen Steuern abgehalten und arbeiten zu Verdiensten, die einfach existenzunmöglich sind. Naturgemäß erfordert ihre Arbeit erhöhte Lebensunterhaltungskosten, größere Ausgaben für Kleidung, Schuhwerk und Nahrung — wenn sie überhaupt arbeitsfähig bleiben wollen. Denn die Rationalisierung der letzten Jahre und die damit verbundene Mehrbelastung mit Arbeit und gesteigerte Anstrengung bedingt eine doppelte Belastung und bringt verstärkte Beanspruchung an die notwendige Lebenshaltung mit sich. So werden die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Menschen immer schwieriger, und zahllose Familien finden trotz Arbeit kein Auskommen mehr.

„Es reicht nicht mehr zum Leben!“

So klagen die Frauen und Mütter dieser Kurzarbeiterfamilien. Die Verdienste sind in Anbetracht der Kurzarbeit zu niedrig, als daß damit noch durchzukommen wäre. Hier ein Beispiel: Bei 28stündiger Arbeit bringt der Mann wöchentlich durchschnittlich 16,— M. mit heim. Für Miete gehen 4,50 M. ab, für Licht, Wassergeld und Kohlen 2,50 M. 6,— M. werden für die achtköpfige Familie wöchentlich allein für Brot verbraucht, 2,50 M. für Milch, 2,40 M. für Kartoffeln. 9,— M. aber bleiben nur zum Leben übrig. So reicht es nicht zum Sattwerden, geschweige denn für Kleidung oder sonstige Anschaffungen. Zweieinhalb Jahre arbeitet dabei der Mann schon kurz, zum Teil mit noch geringerem Verdienst.

Ein anderer Fall: Bei 24stündiger Arbeitszeit verdient der Mann wöchentlich 15,50 M., an Kurzarbeiter-

unterstützung erhält er 2,30 M., so daß er bei drei Tage Arbeit 17,80 M. mit nach Hause bringt. — Die Frau rechnet die notwendigsten Ausgaben für die sechsköpfige Familie aus: Wenn sie sich auf das äußerste einschränkt, kommt sie mindestens auf 19,— bis 20,— M. in der Woche. Das ist der durchschnittliche Mindestsatz für die Wohlfahrtsunterstützung. Wieder die gleiche Frage: Wie sollen wir es anfangen, um durchzukommen? Es bleibt dieser Familie nichts anderes übrig, als entweder Schulden zu machen oder aber — zu hungern.

„Diese Verhältnisse sind unerträglich!“

„Wir leben ja kaum noch menschenwürdig.“ — So klingt in den Ausführungen das Echo dieser Feststellungen: — „Unser Leben ist nur noch ein Sklavendasein, aber nicht das eines freien Menschen. Drei, vier Tage arbeiten wir, spannen unsere letzte Kraft an, und wenn wir am Ende der Woche unsern Lohn bekommen, haben wir oft weniger als jene, die feiern. Wenn die notwendigsten Wohn- und Unterkunftskosten bezahlt sind, bleiben ein paar Pfennige übrig, die nicht ausreichen zum allermindesten. So leben unsere Familien seit Jahren. Was soll daraus werden? — Allmählich treiben wir alle ins Elend und in die Verzweiflung. — Mancher Bettler bekommt mehr als wir Arbeiter. — Wir wollen aber keine Bettler sein und für unsere Arbeit keine Almosen, sondern einen anständigen Lohn haben!“

„Wir arbeiten — wofür?“

„Hat es denn überhaupt noch einen Zweck, zu arbeiten?“ So fragen nicht mit Unrecht sich jene Kurzarbeiter, denen es zum Notwendigsten nicht mehr reicht. „Hat der Grundlohn, daß jede Arbeit ihres Lohnes wert sei, überhaupt keine Geltung mehr?“ Für Menschen, die trotz angestrengter drei- und vier tägiger Arbeit kein Auskommen für sich und ihre Familien mehr finden, muß sein Sinn verloren gehen, und das Wertvollste in ihrem Schaffen — das Bewußtsein vom Werte ihrer Arbeit — zerbrechen. Damit aber wird zugleich das Wertvollste in jedem Menschen überjagt — das eigene Persönlichkeitsbewußtsein — zer schlagen. Der Ethos der Arbeit geht verloren und erste soziale Gefahren drohen.

Die Haushaltsrechnungen

dieser Menschen, die hier von ihren Verhältnissen berichten, zeigen immer wieder das gleiche Ergebnis: Verdienste von 12,—, 14,—, 16,— oder 18,— M. in der Woche. Durchschnittliche Mietausgaben von 4,— bis 6,— M., Ausgaben für Licht, Heizung, Wassergeld von 2,— bis 3,— M. Und so verbleibende Einkommen zum Lebensunterhalt von 6,— bis 8,— M., oder, wenn es gut geht, 10,— M. Dabei Familien von durchschnittlich sechs bis acht Personen, die von diesem Verdienste leben sollen. Raum die notwendigsten Lebensmittel können bestritten werden; Reparaturen von Schuhwerk und Kleidung, Ausgaben für Wäsche und Hausreinigung reißen bereits empfindliche Löcher in diese Wirtschaftsetats — an Ausgaben für Anschaffungen ist überhaupt nicht mehr zu denken. Wo die Familien besonders stark sind oder noch kleine Kinder oder Kranke und unterstützungsbedürftige Familienangehörige mit durchgehalten werden müssen, ist es doppelt hart, dann fehlt es an allem. Verschuldung, Unterernährung und Verelendung sind die Folge. Das in Familien, deren Ernährer oft noch benedelt werden, weil sie „noch arbeiten“. Noch arbeiten — wofür?

„Wo bleibt unser Lebensrecht?“

Ist es verwunderlich, wenn bei diesen Menschen die Verbitterung immer mehr wächst, wenn sie sehen müssen, wie es mit ihnen selber immer mehr bergab geht, während andere Stände und Schichten trotz aller Einschränkungen doch immer noch eine gesicherte Existenz und ein genügendes Auskommen haben? „Andere Schichten und Berufe bestehen einfach auf ihren sogenannten Lebensansprüchen“, so meint ein Redner bezeichnend. „Ihnen ist es eine Selbstverständlichkeit, daß sie ihren sogenannten

äußersten Lebensstandard erhalten müssen. Sie können es einfach nicht verstehen, wenn ihnen zugemutet wird, für die Gesamtheit Opfer zu bringen und sich weiter einzuschränken. Wir opfern jahrelang. Nicht vom Ueberflüssigen, sondern vom Alleräußersten. Wir sind am Ende. Wo bleibt unser Lebensstandard und unser Lebensrecht, das wir als schaffende, gleichberechtigte Volksgenossen haben — was bleibt uns übrig, wenn das so fortgehen soll? — Der Cashahn oder der Strick — oder Zusammenbruch an Not und Unterernährung. Wo bleibt unser Lebensrecht?“

Erschütternde Glendbilder

zeigen diese Berichte, die sich wie eine einzige schwere Kette aneinanderreihen. Erschütternd insbesondere sind die Mitteilungen der Frauen über die Verhältnisse ihrer Familien. Das Schicksal dieser Kurzarbeiter, das zeigen diese Berichte eindringlich, ist kaum noch besser als das der Arbeitslosen, mit denen sie gleiche Entbehrung und Einschränkung tragen müssen. — Nur ein Unterschied besteht noch: Daß diese arbeiten und jene — feiern.

Es reicht nicht mehr zum Sattessen, nicht für die Krankengeheuln, wenn der Arzt gebraucht wird, und nicht für die Zahlung zur Arznei oder Medizin für die Familienangehörigen. — Mütter von sechs, acht und mehr Kindern erzählen von ihrer Not. Vergänglich suchen sie mit den paar Groschen zu haushalten, vergänglich suchen sie die Familien zusammenzuhalten und Unfrieden und Zermürbung vom Hause fernzuhalten, die als Folgen dieser Not drohen. Die Existenz dieser Familien ist in äußerster Gefahr — ihr Verfall droht! — Halten diese Verhältnisse an, dann bricht alles zusammen. Was aber soll aus einem Volke werden, dessen Keimzelle — die Familie — vernichtet wird?

„Und dann noch Lohnkürzung?“

Die neuerlichen Lohnkürzungsmaßnahmen, die die Reichsregierung in ihrer letzten Notverordnung vorgesehen hat, sind für diese Arbeitnehmerschaft einfach unmöglich und unerträglich. „Haben die Herren in der Regierung denn überhaupt eine Ahnung, was es heißt, so zu leben?“ So fragen die Vertreter dieser Kurzarbeiter mit Recht. „Wie kann man Löhne noch abbauen, die Verdienste von 14,—, 16,— und 18,— M. pro Woche bringen für sechs-, acht- und mehrköpfige Familien? — Wie kann man die Wirtschaft beleben, wenn man Menschen, die ohnedies darben müssen, noch das Letzte zum Leben nehmen? Wer soll denn kaufen, wenn nicht die Massen des Volkes?“ Und weiter weisen die Redner darauf hin: Was muß die Folge solcher Maßnahmen sein? — Verelendung, Verbitterung, Haß und immer mehr schwindendes Staatsbewußtsein, Feindschaft gegen den Staat und gegen eine Staatsführung, die dem Volke das Letzte nimmt.

„Diese unsozialen Notverordnungsmaßnahmen müssen verschwinden!“

Das ist das Echo all jener Berichte, die von den Rednern, Männern und Frauen, in gleicher Weise von der katastrophalen Lage der Kurzarbeiter gegeben werden. Zahllose Haushaltsbücher, Lohnlöhnen und Wirtschaftsrechnungen werden von den Rednern und den übrigen Delegierten zum Vorstandstisch gereicht. Ihr Ergebnis ist immer das gleiche. All diese Rechnungen schließen mit Defizits und Schulden, trotzdem die Ausgaben auf das äußerste eingeschränkt sind: Auf Brot, Kartoffeln, Milch, Fett und Margarine, Mehl und Salz; nur ganz selten einmal Fleisch oder Wurst. In den wenigsten Abrechnungen Anschaffungen oder Bekleidungs- und Reparaturen, die man in den meisten Fällen, der äußersten Not gehorchend, selbst vornimmt. All diese Haushaltsbücher und Rechnungen geben ein getreues Spiegelbild der Lebenslage dieser Menschen. Mehr noch als die Ausführungen der Redner selbst, zeigen sie in erschütternder Weise, daß hier längst das Maß des Tragbaren an Opfern und Einschränkungen überschritten ist.

Nach mehrstündiger Aussprache schließt der Versammlungsleiter die Diskussion. Die Stellungnahme der Redner und der Vertreter und Vertreterinnen aber findet ihren Niederschlag in einer Entschließung, in welcher die Konferenz ihren gemeinsamen Willen und das Ergebnis der Aussprache niederlegt:

Eine Entschließung

Am 7. August fand eine Vertreterkonferenz der arbeitslosen Textilarbeiter Westfalens den Ruf in die Öffentlichkeit: „Menschen in Not!“ Heute richtet eine Vertreterkonferenz der Kurzarbeiter in der Textilindustrie, auf der auch die Frauen der Kurzarbeiter zahlreich vertreten sind, an alle maßgebenden Stellen in Wirtschaft, Staat und Gemeinde die dringende Bitte, die Lage der Textilarbeiterfamilien lindern zu helfen.

Noch im letzten Monat arbeiteten in der westfälischen Textilindustrie rund 30 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder unter 32 und rund 70 Prozent derselben unter 40 Stunden pro Woche. Es ist unter solch verkürzter Arbeitszeit unmöglich, bei einem Tariflohn, der für die Facharbeiter in der höchsten Orts- und Altersklasse 60 Pf. pro Stunde beträgt, die aller notwendigsten Ausgaben für Wohnung, Nahrung und Bekleidung der Familien zu bestreiten. Zahlreiche gesammelte Wochensätze der Kurzarbeiterfamilien können dafür jederzeit der Öffentlichkeit als Beweis unterbreitet werden. Die Arbeitnehmerschaft kann sich aber nicht damit abfinden, daß sie erst durch den Empfang milder Gaben in die Lage versetzt werden soll, ihre Familien vor der äußersten Not bewahren zu können.

Die Vertreterkonferenz der Kurzarbeiter begrüßt deshalb jedes Wirtschaftsprogramm, das ihr ermöglicht, durch Arbeitsverdienst ihre Familien menschenwürdig zu unterhalten. Die neuerlichen Maßnahmen der Reichsregierung bergen aber die große Gefahr in sich, daß die Industriearbeit nicht vermehrt wird, wohl aber notwendige Bedarfsartikel im Preise steigen werden. Bei sinkenden Löhnen und steigenden Preisen wird die Arbeitnehmerschaft, besonders im bevorstehenden Winter, dem schlimmsten Elend überantwortet sein. Sie muß deshalb solche Wirtschaftsmaßnahmen der Reichsregierung mit aller Entschiedenheit ablehnen.

Der Reichspräsident hat ausdrücklich gefordert, daß bei den Maßnahmen der Reichsregierung die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben solle. Die Regierung hat diesem ausgesprochenen Willen zuwider gehandelt. Die Linie der sozialen Gerechtigkeit wurde verlassen, die Lebenshaltung der Arbeiter ist in steigendem Maße untergraben und damit der soziale Friede aufs äußerste gefährdet. Die Reichsregierung nennt sich in ihren Verlautbarungen sozial und national, aber ihre Taten sind in Wirklichkeit sozialfeindlich und darum auch nicht wahrhaft national. Die christliche Textilarbeiterchaft hat in all den Jahren der Nachkriegszeit den Gemeinschaftsgedanken stark herausgestellt. Sie ist, ohne Besitzer zu sein, mit der heimatischen Scholle auf das engste verbunden. Sie lehnt auch weiterhin den Anschluß an solche Organisationen ab, die den Staats- und Gemeinschaftsinn bewußt untergraben. Die Vertreterkonferenz betont aber in dieser Stunde, besonders im Hinblick auf den kommenden Winter, daß man die Arbeitnehmerschaft nicht als vollwertiges Glied aus der deutschen Volksgemeinschaft austreten darf, und daß deshalb jede weitere Belastung unbedingt unterbunden werden muß.

Die Vertreterkonferenz ruft darum namens aller Kurzarbeiter in der Textilindustrie, insbesondere namens aller Mütter und Kinder, alle maßgebenden Instanzen um Unterstützung in ihrer gefährlichen Lage auf. Sie spricht die Hoffnung aus, daß die Arbeitgeber der Textilindustrie dieser Lage dadurch Rechnung tragen, daß sie bei Neu-einstellungen darauf verzichten, auf Grund der Notverordnung die Löhne weiter zu kürzen.

Mit einem kurzen Schlußwort des Bezirksleiters und einem „Hoch“ auf unsern Verband fand die eindrucksvolle Kundgebung ihren Abschluß.

Tarifabschluss in der schlesischen Textilindustrie

Durch Vereinbarung zwischen dem Verband schlesischer Textilindustrieller e. B., Breslau, und den Textilarbeiterverbänden für die bisherigen Bezirksarbeitsverträge auf unbestimmte Zeit verlängert worden mit der Maßgabe, daß sie erstmalig zum 31. Dezember 1932 gekündigt werden können.

Sinnfälligkeit des Arbeitszeitabkommens ist eine andere Regelung getroffen worden, dergestalt, daß die Arbeit in der Zeit von 22 Uhr bis 5 Uhr als Nacharbeit mit 15 Prozent Zuschlag bezahlt wird.

Durch diese Vereinbarung dürfte auch eine gute Basis für die Verhandlungen über Beilegung der Streiks, die infolge Anwendung der Notverordnung in verschiedenen Betrieben ausgebrochen sind, gegeben sein.

Berichte aus den Ortsgruppen

Borghorst. Am ersten Herbstsonntag unternahmen, vom schönsten Wetter begünstigt, die männlichen Jugendgruppen der Ortsgruppe einen Tagesausflug nach Jannigsquelle bei Leer. Dortselbst angekommen, entwickelte sich bald ein reges Leben und Treiben. Während von jeder Gruppe ein paar Mann gestellt wurden für die Zubereitung des Mittagessens, unterhielten sich die übrigen Gruppenmitglieder mit Fußball, Handball und sonstigen Spielen. Zu Mittag konnte auch der Führer der hiesigen Jugend von Borghorst, Herr Wikar Büscher, begrüßt werden. Die Gruppenführer Bernhard Kösters und Josef Böger sowie der Geschäftsführer Kaberbäumer und Herr Wikar Büscher hielten kurze Ansprachen an die Teilnehmer. In allen Ansprachen klang das Gebot der Stunde durch: höchste Aktivität der Jugend innerhalb unserer Bewegung. Nachdem einige von der Borghorster Jugendgruppe gekaufte Preise für die Wettspiele verteilt waren, zogen die Gruppen, in dem Bewußtsein gestärkt, einen schönen Tag in gemeinschaftlichem Zusammensein verlebt zu haben, wieder ihrer Heimat zu.

Coesfeld. Unser Verband hatte seine Funktionäre zu einer Versammlung eingeladen. Diese waren der Einladung recht zahlreich gefolgt. Der Abend bekam dadurch eine besondere Bedeutung, da als Redner der Versammlung der frühere Geschäftsführer Albert Hillenkötter, jetziger Bezirksleiter in Bayern, sein Erscheinen angekündigt hatte. Hillenkötter, der sich für einige Tage in seiner alten Heimat befindet, hatte es sich nicht nehmen lassen, seiner früheren Gruppe Coesfeld einen Besuch abzustatten. So wurde ihm denn auch ein recht herzlicher Empfang seitens der Versammlung als auch des Vorsitzenden zuteil.

Der Referent gab den Zuhörern einen guten Überblick über die gegenwärtige Lage in Wirtschaft und Politik. Wir leben in Zeiten wirtschaftlicher, geistiger und politischer Auseinandersetzungen größten Ausmaßes. Es geht um die Entscheidung: Soll Deutschland wieder ein Vorkriegsstaat werden im alten wilhelminischen Sinne, oder soll der Verfassungs- und Volksstaat uns erhalten bleiben? Das Vorgehen der heutigen Regierung hat ganze Volksschichten an den Rand des Elends und der Not gebracht. Die letzten Notverordnungen zeugen davon. Sie bringen keine Behebung der Wirtschaft, sondern weitere Schrumpfung. Die Arbeiterklasse lehnt deshalb diese Regierung und Notverordnung ab. Sie sagt ihr den schärfsten Kampf an. Sie will Erhaltung des Volkswortes, Wahrung der Arbeiterrechte in Staat und Wirtschaft. Was eine überlebte Klasse Anforderungen machen wie sie will, gegen den einen und geschlossenen Willen und gegen eine geistig gesunde Masse eines mündigen Volkes wird sie auf die Dauer nicht regieren können. Man mag der Arbeiterklasse Opfer auferlegen und sie zu dicken Verfügen, zerdücken wird man sie nicht. Im Endspurt wird die Freiheit und Demokratie, auf dessen Boden die Arbeiterklasse steht, doch siegen. Das Rückgrat zu diesem Kampfe findet die Arbeiterklasse in ihren Gewerkschaften, die sich auch nicht durch Betriebszellen und gelbe Organisationen zerlegen lassen. Je stärker die gewerkschaftliche Kraft der Arbeiter, um so stärker ihr politischer Einfluß. Das muß auch die christliche Arbeiterklasse bedenken. Darum trotz Not und Krise Erhaltung und Stärkung der Gewerkschaften.

Die Zuhörer brachten dem Referenten in seinen fast zweistündigen Ausführungen größte Aufmerksamkeit entgegen. Es entstand dann eine lebhafteste Debatte. Manche Ergänzungen wurden gegeben. Auch von der Versammlung wurde der sozialpolitische Teil der Notverordnung abgelehnt. Der Zustand, daß die sozialen Gesetze und deren Vervollständigung fast völlig in den Händen von Adel, Militär und Großindustrie liegen, gibt zu den schwersten Bedenken Anlaß. Daß der Lohnabbau falsch ist, wird nicht nur von der Arbeiterklasse, sondern auch von den bescheidenen auch heute von Krisen, die früher nicht genug gegen das Tarifwesen und gegen die zu hohen Löhne der Arbeiterklasse reden konnten. Es ist trotzdem erfreulich, daß diese Einsicht wächst.

Nachdem in der Aussprache noch Fragen des freiwilligen Arbeitsdienstes und sonstige erörtert waren, fand die Versammlung mit Dankworten des Vorsitzenden wieder an die Mitglieder und besonders an den Referenten ihr Ende.

Dülken. Unsere Ortsgruppe hielt am 11. September 1932 im Lokale Brodermanns eine Mitgliederversammlung ab, die Stellung gegen die Notverordnung vom 24. Juli und die neuen Pläne der Regierung von Papen nahm. Die Versammlung stand unter dem Losungswort „Reinhalten in Not“. Kollege Köllmeier, Bierjen, behandelte besonders eingehend die Notverordnung. Die Folgen derselben, die unmerkliche, einseitige Härten für die Unternehmensempfänger bedeuten, konnten mit reichhaltigem Zahlenmaterial belegt werden. Besonders wurde auch die große finanzielle Not der Betroffenen herausgehoben und hervorgehoben, daß die gewerkschaftlichen Organisationen gerade diesen Teil des Volkes mit besonderer Sorge betreuen werden. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen übte der Redner scharfe Kritik an den neu angekündigten Plänen der Regierung von Papen. Die beschlossene Tariflockerung dieser Pläne bedeute keine Wirtschaftsbekämpfung und Kaufkraftstärkung, sondern führe weiter in das wirtschaftliche Chaos. Zum Schluß wurde die Notwendigkeit ständiger Kräfteentfaltung in den gewerkschaftlichen Organisationen betont. Um die Verhältnisse genau kennen zu lernen, wurde beschlossen, bei den erwerbslosen Familien der Mitglieder einen Rundgang abzuhalten. Das dabei gesammelte Material soll an die maßgebenden Stellen weitergeleitet werden.

Düren. Am Sonntag, dem 11. September, fand im Gewerkschaftshause eine gutbesuchte Bezirksversammlung unseres Verbandes statt. Einleitend wies Geschäftsführer Broghe auf den Zweck dieser wichtigen Konferenz hin. Zu den wichtigsten Notverordnungen der Regierung von Papen vom 24. und 5. September wolle man Stellung nehmen. Die Notverordnungen sind in ihren Auswirkungen einfach unerträglich. Das Rongieren des Präfekturkabinetts von Papen, welches trotz nicht unbedeutender Gesetzegebung und nach der Rechtsprechung, das Parlament wird ausgeschaltet. Die Reichsverfassung wird einfach nicht beachtet. Für die Sozialversicherung bedeutet die letzte Notverordnung Aufhebung der Selbstversicherung.

Dann sprach Bezirkssekretär Karl Dörpninghaus, Gladbach-Rheydt, über die unerhörten Anschläge des Präfekturkabinetts von Papen auf die Arbeiterklasse. Er führte u. a. aus: Heute ist es zeitgemäß, eine antizipale Einstellung zu haben. Das Präfekturkabinetts von Papen arbeitet halt. Verträge, die doch auf Treu und Glauben aufgebaut sind, werden einfach übergegangen. Die Gewerkschaften vernichtet man nicht direkt, aber man trifft Maßnahmen, die sehr starke Eignungen haben, die Gewerkschaften finanziell erschüttern. Die Notverordnungen vom 4. und 5. September sind von Ungerechtigkeit getragen. Sie bringen allen Beteiligten Nachteile, nur den arbeitenden Menschen werden hohe und höchste Belastungen zugemutet. Auf sozialpolitischem Gebiet hat die Regierung auf Grund der Notverordnungen Blankovollmacht. Mit den allergrößten Bedenken stehen wir der Auffassung der Reichsregierung bezüglich der Erhaltung gefährdeter Betriebe gegenüber. Hier ist zweifellos einem Mißbrauch Tor und Tür geöffnet. In wiederholten Rundgedungen und Reden von Mitgliedern der Reichsregierung ist immer und immer wieder betont worden, daß wir in Deutschland einen Staat des Christentums und eine gottgewollte Ordnung haben. Unsere Textilarbeiter stellen sich diese gottgewollte Ordnung anders vor. Gegen den Klassenkampf von unten, gegen alles, was „antichristlich“ ist, wird vorgegangen. Wir erleben heute den Klassenkampf einer kleinen Clique von oben, und es ist anmaßend, hier von Christentum zu reden. Gerechtigkeit ist christlich, und Ungerechtigkeit ist unchristlich, und die Notverordnungen vom 4. und 5. September sind unchristlich, sind in ihren Auswirkungen brutal.

In der nachfolgenden Aussprache wurde in einer scharfen Sprache der antizipale Geist und der unchristliche Geist der Reichsregierung gebührend markiert. Zuweilen lag die Erregung der Besonnenheit bis zum Äußersten.

„Man soll uns das Notwendigste zum Leben geben!“, klang immer wieder aus der Versammlung heraus. Die Arbeiterklasse ist es leid, immer und immer wieder alle Lasten auf sich zu nehmen.

In der hiesigen Textilindustrie ist eine Lohnsenkung von 6 Prozent durchgeführt. Verdienste von Arbeiterinnen im Alter von 17 bis 18 Jahren bei 30-32stündiger Arbeitszeit pro Woche in der Höhe von RM. 6,50 bis 7,10 sind zur Keel geworden. Der Arbeitslohn gilt schon lange nicht mehr als Existenzgrundlage für die Textilarbeiter. Und noch weitere Lohnsenkungen? Der Bogen ist überspannt. Wir warnen!

Greiz i. Pfl. Bei herrlichem Sommerwetter konnten wir am 23. August die Hofer Verbandsmitglieder in unserer Mitte begrüßen. Sie brachten echt bayrischen Humor mit, der in unserer Krisenzeit recht wohlthuend empfunden wurde. Schnell war die Bekanntheit hergestellt. Die Greizer ließen es sich nicht nehmen, dieses Treffen, wenn auch im kleinen Rahmen, als Gedanken ihres 25jährigen Bestehens zu begehnen. Kollege Koberstein, Bamberg, hielt die Festrede. In unserer so traurigen Zeit, wo Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnabbau auf Lohnabbau, Rentenbürden und unerhörte Belastungen kein Ende zu nehmen scheinen, dürfen wir erst recht nicht den Mut verlieren. Eine Krise, wie sie die Welt noch nicht gesehen, ist unmöglich im Handumdrehen überwunden. Bedauerlich sind die einseitigen Opfer. So bleibt es aber nicht ewig. Einmal wird es anders, und die Arbeiterklasse wird sich Lebensraum und Anerkennung erkämpfen. Darum sind die Gewerkschaften der beste Garant ihrer Lebensinteressen. Ergänzt wurden diese Ausführungen durch Kollegen K. A. L. Er gedachte zunächst des 25jährigen Bestehens und dankte zwei Mitgliedern für ihre Verbandsarbeit. In dem Lohnabbau ohne Ende sind wir nahezu an Hungerlöhnen angekommen. Lohnfragen werden immer Nachfragen bleiben. Die Arbeiterklasse hat sich auf Selbsthilfe zu besinnen, da von Staatsseite her nichts zu erwarten ist. In Notzeiten erst recht enger zusammenstehen, muß der Zeitgedanke bleiben. Seiden Redner wurde reichlich Beifall zuteil. Nun entsfaltete sich fröhliches Treiben im Garten und Saal bei Konzert und Spiel. Die Hofer hatten gut vorgesorgt. Sogar bayrische Spezialitäten fehlten nicht. Mit Eifer bestritt die Hofer Jugendgruppe den Abend. Auf einer improvisierten Freilichtbühne spielten sie: „Zu was die Feuerwehr gut ist“. Das Theaterstück löste herzlichen Beifall aus. Schnell verstrich die Zeit. Die Trennungsstunde kam. So nahm man Abschied mit dem gegenseitigen Versprechen auf Wiedersehen. Die Greizer sowohl wie die Hofer werden sich freudig dieses Treffens erinnern.

Langenbielau. Reges Leben und Treiben herrschte am letzten Sonntag in Rüttilshöhe. Die Ortsgruppe Langenbielau hatte die Mitglieder zu einem Sommerfest eingeladen. 30 Personen hatten sich teils zu Fuß, teils per Auto eingefunden. Der erste Vorsitzende, Kollege Ohnesorge, begrüßte die erschienenen Gäste und Mitglieder; auch konnte er die Ortsgruppen Weigelsdorf und Reichenbach, die durch einige Mitglieder vertreten waren, begrüßen. Geschäftsführer Kollege Exrepte gab in einer Ansprache seiner Freude Ausdruck, daß das Wetter so schön und der Besuch ein so fröhlicher war. Die Kinder wurden durch Betreuer, Sachkuppen usw. unterhalten, wobei sie immer ein kleines Geschenk erhielten. Auch für die Schließung war georgt, auf die Schönenkönige warteten sehr schöne Preise. Die Jugendgruppe brachte einige gewerkschaftliche sowie einige lustige Pieder zu Gehör. Zwischen war die Zeit soweit vorgekommen, daß sich die Leute für das erste Auto fertig machten. Kollege Ohnesorge dankte allen, besonders denen, die zu dem Gelingen des Festes beigetragen haben. Gäste und Mitglieder schieden mit dem Bewußtsein, so ein Familienfest seit einigen Jahren in der Ortsgruppe Langenbielau nicht mehr gefeiert zu haben. Auch konnten sie die Gemütsheilung mit nach Hause nehmen, daß es unter der jetzigen Leitung hier in Langenbielau wieder vorwärts geht. Wege die Begünstigung, die an diesem Familienfeste vorhanden war, sich dahin anzuwenden, daß die Organisation gestärkt wird, um allen Anforderungen gewachsen zu sein. Hermann Thiel.

Rheydt. In einer sehr gut besuchten Versammlung der Ortsgruppe Rheydt wurde auch einem eingehenden Referat über die Einstellung der Arbeiterklasse zum „neuen System“ und seinen letzten Notverordnungen folgende Entschlieung einstimmig angenommen:

Die am 5. September 1932 im Bahnhofs-Hotel versammelten Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter erheben scharfen Protest gegen die letzte Verordnung der Regierung v. Papen über die „Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“. Immer mehr zeigt es sich, daß unter den neuen Verhältnissen nur die Arbeiterklasse immer neue Lasten aufgebauet werden sollen. Vieles schon die Bestimmungen der Notverordnung vom 14. Juni 1932 die elementarsten Lebensbedürfnisse der Arbeiterklasse außer Achtlassen, so feigert die Verordnung vom 4. September 1932 auch noch in dem schon schon durch Kurzarbeit und unangehören Lohnabbau betroffenen Beschäftigtenkreis der deutschen Arbeiterbewegung die Not zum bitteren Ende. Mit Empörung und heftiger Erbitterung nimmt daher die Versammlung von den Auswirkungen der neuen Notverordnung Kenntnis.

Die Maßnahmen zur Auflockerung der Tarifverträge bringen bei ihrer Durchführung neue Lohnsenkungen und damit zuweilen neue Lasten für die Arbeiterklasse, der noch in Beschäftigung steht. Es ist völlig unmöglich, eine Beilegung der Wirtschaft auf Kosten der Arbeiterklasse zu erwarten. Keine Beilegung, sondern eine weitere Krisenverschärfung ist die unabwendbare Folge.

Wenn Jenseits, deren Arbeiter durchgänglich wackelt, seitens der Reichsregierung einen Zuschuß erhalten dürfen,

weil ihre Verdienste erheblich niedriger sind als die Höhe der öffentlichen Fürsorge, dazu übergeben, eine erneute Lohnsenkung auf Grund der Verordnung herbeizuführen, so ist das ein wirtschaftlicher Unsinn, wie er nicht mehr zu überbieten ist. Dieser Weg führt in das Chaos. Die Arbeiterklasse lehnt jede Verantwortung für die Folgen dieser Verordnung ab und bürdet sie in vollem Umfange denjenigen auf, die sie erlassen haben und durchführen zu müssen glauben. Versuche, die Arbeiterklasse für diese Folgen verantwortlich zu machen, müssen mit aller Deutlichkeit und Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Die maßgebenden Stellen werden auf die entsetzlichen Folgen dieser Maßnahmen für Arbeiterklasse, Volk und Nation hingewiesen. Die Versammelten fordern daher mit allem Nachdruck die Aufhebung der Verordnung.

Buchbesprechung.

Vertrauens-Geimat, von Werner Janßen. Verlag Georg Westermann, Braunschweig.

Janßen gehört ohne Frage zu den besten Schriftstellern des Historischen, die wir haben. Sein Stil ist ebenso reif wie lebendig, das „Klassische“ ist ihm verbunden mit Gegenwart und Zukunft, und so reich auch die historische Deutung, die er dem Vergangenheitsgeschehen in seinen Büchern gibt, weit über Vergangenes hinaus und gegenwart hinaus und wird zukunftsreich. Das gilt auch von diesem Buche, das uns den tragischen Freiheitskampf des Sachsenherzogs Widochild gegen Karl den Großen und den schicksalhaften inneren Zwiespalt deutscher Uneinigkeit einer Mahnung gleich, einer Mahnung in gegenwärtiger Not und Zerrissenheit. Damit wächst Janßen selbst über den „Dichter“ hinaus zum Kinder deutscher Art und deutscher Zukunft.

Wieder, Bindungslehre, Selbstunterrichtswerk nach dem Lehrsystem Karnadachfeld, acht Briefe, Preis eines Briefes RM. 0,90. Verlag Sonneck & Sachfeld, Potsdam, im Neustädter Tor.

Der hiesige Wechsel der Mode verlangt von dem Webwarenfabrikanten und seinen ersten Arbeitern eine eingehende Kenntnis der Gewebe in bindungstechnischer Hinsicht. Die Bindungslehre, ein von der Literatur fleißig bearbeitetes Gebiet, ist hier in ihrer systematischen Entwicklung aufgebaut. So sind behandelt die Grundbindungen und ihre Ableitungen, die in der Fortentwicklung derselben bestehenden Bindungen, wie Diagonale, Schrägrippe und Phantasiebindungen. In den Abschnitten „farbige Gewebemusterungen“ wurde das Entstehen gemischt und reinfarbiger Effekte eingehend erläutert, außerdem ist noch eine Einführung in die Lehre der Farbharmone gegeben. Verstärkte Gewebe, Doppelgewebe, desgleichen Flor, Schlingen- und Fallengewebe sind bindungstechnisch behandelt. Dreher- und Jacquardgewebe bilden den Abschluß des Ganzen.

† Sterbetafel †

Franz Oberländer, Greiz, 75 J. — Joh. Ommelen, Lobbe- rich, 78 J. — Maria Schneiders, Neukerk, 25 J. — Joh. Fren- ker, Doer, 58 J. — Karl Hoffmann, Forst, 60 J. — Matthias Kuhmeier, M. Glabbach, 24 J. — Joh. Tammer, Schrittswalde, 62 J. — Karl Rob. Scholz, Glauchau, 65 J. — Matth. Franken, Biersen, 75 J. — Franz Rüttsch, Ragen, 80 J. — Hubert Ser- tog, Bocholt, 75 J. — Dorothea Rauffhoh, Neumünster, 82 J. — Joh. Soos, Elberfeld, 78 J. — Anna Wischows, Greitach, 31 J. — Elisabeth Beusch, Zell i. Wiesental, 63 J. — Reinh. Richter, Cottbus, 72 J. — Joh. Hoer, Düren, 71 J. — Martha Anlauf, Rungenb. 47 J. — Peter Büscher, Engelskirchen, 67 J. — Joh. Vennes, Geseher, 45 J. — Joh. Gebhard Brandt, Balckirch, 68 J. — Frau H. Brungsberg, Giesenkirchen, 52 J. — Karl Janßen, Ragen, 73 J. — Marg. Fallert, Rugsberg, 29 J. — Julius Ramper, Biersen, 75 J. — Joh. Poll, Bocholt, 23 J. — Pauline Martin, Ravensburg, 45 J. — Luise Träger, Wet- gelsdorf, 56 J. — Joh. Gorters, Krefeld, 47 J. — Joh. Elsner, Ostrich, 68 J.

Ruhe in Frieden!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Textilarbeiternot auf dem Düsseldorf-Gewerkschaftskongress. — Vernichtung der Gewerkschaften auf kaltem Wege. — Kurzarbeiterfamilien leiden Not! — Tarifabschluss in der schlesischen Textilindustrie. — Feuilleton: Nachkriegskritik am Gewerkschaftskongress. — Der Düsseldorf-Kongress, ein Erlebnis. — Berichte aus den Ortsgruppen: Borghorst. — Coesfeld. — Dülken. — Düren. — Greiz i. Pfl. — Langenbielau. — Rheydt. — Buchbesprechung. — Sterbetafel.

Schriftleitung: Otto Mater, Düsseldorf, Florastraße 7



Eine Hand in der Spirale

Was soll's damit? Die festgeschlossene Hand im Kern der Spirale spricht vom Sinn des Führers, der heißt: Zusammenballung und Ausstrahlung bewegender Kräfte.

So ist es gut gewählt, dieses Symbol für den „Großen Herder“, den neuen Typ des Nachschlagewerks — das Lexikon für den Tatmenschen, wie es in unserer Zeit vonnöten ist.

Wohl darf man den „Großen Herder“ eine Tat nennen, die zeitnotwendig ist: sie erwacht und wurtzelt im Willen; die Not der Zeit wenden zu helfen. Eine schwierige Aufgabe angesichts der großen Vermirrungen im Leben unserer Tage. Aber — Zusammenballen und Ausstrahlen bedeutet das Sonnenrad: der „Große Herder“ packt in dem Sinne seine Aufgabe an. Nicht mehr wie sonst in einem Lexikon wird nur die Menge des Stoffes nach Stichwörtern geordnet und beschrieben, nicht nach ein Konversationslexikon soll es geben, nicht trockenes Wissen wird angehäuft, sondern —

Tom Wissen wird zum Wirken durchgestoßen. Wissen allein ist tot. Das ist eine durch schlimme lange Erfahrungen lehrer Jahrzehnte ererbte Tatsache. Durchleuchtet muß Wissen sein von einer Sonne, d. h. einer Weltanschauung. Ein Ganzes muß Wissen sein, um Menschen bestimmen und formen zu können. Ausstrahlen muß es als Kraftquelle, um lebendigen Wert zu haben und den Menschen dienlich zu sein. Wie die hart zugreife Hand muß Wissen ins praktische Leben hineindringen, in ihm sich bewahren, in ihm nützlich werden.

Darum ist es mirklisch der Mühe wert, dieses Lexikon anders anzusehen als mit dem Halb- und Halbwissen, das die Vielzahl der Menschen in solchen Zeiten an Büchern hat. Wie man sich aus sehr egoistischen Gründen um einen Menschen kümmert, der einem wohl Rüge macht, sie aber hundertfach beunruhigt — genau so steht es mit dem „Großen Herder“: er kostet Geld, bis man ihn im Schrank hat, man hat sich anfangs daran zu erinnern, was er zu geben vermag — dann aber ist er der Führer und tägliche Berater. Dann begreift man, was es mit dem Sonnenrad auf sich hat!